

## **CDU-Haushaltsrede 27.02.2023:**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Pütsch,  
sehr geehrte Herren Bürgermeister Pfirrmann und Knoth,  
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,  
sehr geehrte Gäste und Presse,  
der Haushalt ist das Hoheitsrecht des Gemeinderats und die Haushaltsrede dazu ist ein ganz besonderer Moment im kommunalen Jahr und Essenz und Ausdruck der Schwerpunkte für die Stadt Rastatt und deren Entwicklung.

Eine Kommune ist im Staatsgefüge und Aufbau eine eigene Einheit mit eigenen Regeln, mit kommunaler Selbstverwaltung. Darauf sind wir stolz und das füllen wir zurecht mit Leben. Keine andere Ebene ist so unmittelbar im Kontakt mit den Menschen und ihren Sorgen und Nöten.

Klima, Mobilität, Energie, Bildung und viele andere Themen sind regional, landesweit, bundesweit, europaweit und auch weltweit mit Entscheidungen und Auswirkungen verknüpft, auf die wir nur bedingt Einfluss haben, aber hier vor Ort umsetzen müssen.

Unser Haushalt ist dafür ein gutes Beispiel. Zunehmend ist der Haushalt von reinen Pflichtaufgaben geprägt.

Ein großer Teil davon ist die Betreuung von Kindern. Für uns ist diese Aufgabe nicht nur Pflicht, sondern Verpflichtung aus Überzeugung. Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen der Zukunft. Dafür wollen und müssen wir uns engagieren. Und tun es auch. Die neuen Kindergärten in Plittersdorf – auch wenn sich die Eröffnung ärgerlicherweise gerade wegen eines Wasserschadens verzögert -, Rheinau Nord II und im ehemaligen SWI Gebäude sind beste Beispiele dafür. Weitere sind bereits in Planung.

Dazu zählen auch die Schulsozialarbeit und die soziale Arbeit der Gemeinwesenarbeiten insgesamt.

Wir waren alle geschockt, dass Kinder zu Gewalttätigkeiten - wie am Rastatter Bahnhof passiert - fähig sind und diese auch noch prominent ins Netz stellen. Irgendwann ist bei diesen Kindern wirklich etwas aus dem Ruder gelaufen. Wenn wir hier vor Ort im Rahmen unserer Möglichkeiten eine gute Basis geben können, ist jeder Euro gut eingesetzt und auch gesamtgesellschaftlich ein Gewinn.

Ein großer Posten im Haushalt sind die Personalkosten. Jedes Jahr alleine durch Tarifierhöhungen eine Million Steigerung. Im Sozialbereich ergeben sich Mehrstellen auch durch die obengenannten Aufgaben. In technischen Bereichen sind zunehmend durch unsere Stadtentwicklung personelle Ressourcen nötig. Leider können Stellen oft gar nicht besetzt werden, da der Fachkräftemangel, die Alterspyramide und der freie Markt große Herausforderungen sind.

Dem kann man nur entgegenreten, indem man intensiv auf Ausbildung setzt und auf vielen Ebenen ein attraktiver Arbeitgeber ist. Dazu gehört z.B. auch in manchen Bereichen die Möglichkeit der Verbeamtung, wie es die CDU-Fraktion im Bereich Feuerwehr erfolgreich angeregt hat.

Gleichwohl ist die Frage nach der Effizienz der Verwaltungsstruktur und eine Komplettsicht darauf nicht nur legitim, sondern gefordert. Nicht nur aus Kostengründen sondern auch in Hinblick auf den Fachkräftemangel können wir uns es nicht leisten, in dem Punkt nicht aktiver zu werden.

Obwohl uns das Thema seit Jahren unter den Nägeln brennt, ist ein Jahr, in dem es Veränderungen an der Stadtspitze geben wird, nicht der richtige Zeitpunkt. Das wird eine der Aufgaben sein, die wir von einer neuen Stadtspitze erwarten und einfordern werden.

Rastatt hat nach wie vor große Herausforderungen. Eine davon ist sicherlich unsere Innenstadt. Seit Jahren werden zurecht von allen Seiten die mangelnde Frequenz und die Leerstände angemahnt.

Die Frage „Bus in der Stadt – Bus aus der Stadt“ in Bezug auf die Kaiserstraße ist in der Diskussion und wird derzeit geprüft. Aber sie kann nicht – je nachdem zu welchem Ergebnis man kommt - der entscheidende Faktor für eine Innenstadtbelebung sein.

Wir werben mit dem schönsten Wochenmarkt in der Region. Aber auch der Markt zeigt sich zunehmend unattraktiver. Wie sieht es mit Abendmärkten aus? Wie kann ein dauerhaftes Nebeneinander bzw. Integration der Gastronomie mit Markt hergestellt werden siehe z.B. der Viktualienmarkt in München? Könnte es bauliche Veränderungen auf dem Marktplatz – z.B. Pavillons – geben, um die Größe dieses stadtbildprägenden Platzes aufzubrechen? Bietet die Landesgartenschau Chancen?

Die Innenstadt ist unser Wohnzimmer, unser Aushängeschild. Nicht nur im Sinne „eine belebte Stadt ist eine sichere Stadt“ sondern als Visitenkarte und Unterstützung der Gewerbetreibenden und Gastronomen und dem wichtigen Wirtschaftsfaktor Tourismus ist ein umfassendes Konzept geboten.

In der Innenstadt liegt auch das Martha-Jäger-Haus, dessen zukünftige Verwendung wir im Rahmen einer Machbarkeitsstudie prüfen lassen. Für Menschen, die insbesondere durch den Krieg in der Ukraine bei uns Zuflucht und Sicherheit gefunden haben, besteht dort ein temporäres Zuhause. Uns als CDU-Fraktion war es wichtig, den Zeitraum bis maximal 30.09.2024 zu begrenzen. Diese Filetlage muss in der Zukunft zur Stärkung der Innenstadt und dortigen Wohnqualität beitragen.

Die Pflichtaufgabe der Anschlussunterbringung wird uns auch in der Zukunft beschäftigen müssen.

Deshalb stehen wir voll und ganz hinter dem Brandbrief an unsere Bundesinnenministerin Nancy Faeser.

Dieser Brandbrief unserer Kommunen hat eindringlich gezeigt, dass es zunehmend nicht am Willen zur Hilfe mangelt, wohl aber die Grenzen der Machbarkeit und der Belastbarkeit erreicht sind. Auch wir hier in Rastatt spüren diese Grenzen.

Der Flüchtlingsgipfel war unbefriedigend, aber nicht nur der Bund muss einstehen, auch die Länder müssen die Kommunen unterstützen und besser ausstatten. Eile ist geboten, damit nicht der soziale Friede in unserem Land auf dem Spiel steht.

Ein wirklich positives Zeichen für Rastatt und die Region war die Mitteilung, dass der Standort Mercedes Benz für die nächsten 10 Jahre gesichert ist.

Bei allen Unsicherheiten, die unsere Zeit prägen, gibt uns dieses Bekenntnis zumindest die Hoffnung auf eine nachhaltige und solide Planungsbasis für unsere zukünftigen Haushalte.

Denn wir haben große Pläne. Mit dem Beschluss zum Kombibad und dem Architektenwettbewerb gibt es jetzt endlich nach vielen Schleifen – die wir uns als CDU-Fraktion gerne erspart hätten – eine konkrete Planung. Den Einsatz einer Traglufthalle für eine Übergangszeit lehnen wir als energetischen Supergau ab.

Vor vielen Jahren haben wir als CDU-Fraktion bereits angeregt, die Bäderfrage regional anzulegen. In der Rückschau hätte diese Frage mehr Beachtung bekommen müssen. Der Zug ist leider schon lange abgefahren.

Wir sind Kuppenheim für die Möglichkeit des Schwimmunterrichts dankbar, aber wir als CDU-Fraktion können uns auf keinen Fall eine Beteiligung an Sanierung oder Neubaukosten am bestehenden Cuppamare in Kuppenheim vorstellen.

Gleichwohl begleitet uns der interkommunale Gedanke. Gerade der Personalmangel und Kosteneffizienz sollten uns über Gemarkungsgrenzen hinausdenken und kommunale Aufgaben gemeinsam angehen lassen.

Der Haushalt zeigt viele Projekte, die wir vor Jahren beschlossen haben und leider auch Jahre zur Umsetzung brauchen. Dorfentwicklung und Feuerwehr – um Beispiele zu nennen – haben die volle Unterstützung der CDU-Fraktion. Oft geht nicht alles so schnell wie gewünscht, aber die Richtung stimmt.

Immer dringender haben wir es mit der Frage nach benötigtem Wohnraum zu tun. Damit ist nicht nur der ständig zitierte bezahlbare Wohnraum gemeint, sondern insbesondere das altersgerechte Wohnen. Die CDU-Fraktion unterstützt ausdrücklich Bemühungen, Menschen ihr Alter in ihrem gewohnten Stadt- oder Ortsteil zu ermöglichen.

Ein weiterer und wichtiger Schwerpunkt ist es, über Ansiedlungspolitik mehr einkommensstärkere Bevölkerung nach Rastatt zu bringen.

Die Schaffung von Wohnraum oder öffentlichen Gebäuden ist immer ein Spannungsfeld. Vernichten wir Fläche (die grüne Wiese) oder akzeptieren wir Innenverdichtung. Wir müssen dringend die teilweise jahrzehntealten Bebauungspläne in die Hand nehmen und neuen, kreativen Wohnformen und nachwachsenden Baumaterialien wie Holz mehr Chance geben. Rastatt wird aufgrund seiner attraktiven Lage in der Region weiteren Zuzug erleben. Dies wird eine Herausforderung – auch durch die Infrastruktur, die begleitend entstehen muss.

Jede Entscheidung ist immer eine Abwägung. Wir können nicht gleichwertig alle Kriterien ansetzen, die wünschenswert wären.

Wohnen, Mobilität, Digitalisierung und Klimaschutz – unsere Megathemen.

Im Moment gibt es in Rastatt ein Thema, das alles überstrahlt. Das Thema Zentralklinikum Mittelbaden mit dem Standort „Am Münchfeldsee“.

Nach der Entscheidung für ein Zentralklinikum und der Erstellung des Kriterienkatalogs durch die Eigentümer des Klinikums Mittelbaden, haben wir uns mit zwei Standorten beworben. Unsere Bewerbung wurde transparent gestaltet, vom Gemeinderat in Gänze getragen und Betroffene bereits im Vorfeld miteinbezogen.

Für Viele überraschend: Platz „Eins“ der Standort am Münchfeldsee! Für uns nicht. Wir waren von diesem Standort schon immer fest überzeugt.

Die Jahrhundertchance ist gegeben: Ein Ja zum Bau des Zentralklinikums im Landkreis Rastatt am Standort Rastatt! Was für ein Erfolg und Glück!

Dieser Standort „Am Münchfeldsee“ bietet die bestmögliche medizinische Versorgung der Menschen in Mittelbaden und das auf überwiegend städtischen Grundstücken, sodass eine Realisierung schnellstmöglich umgesetzt werden könnte.

Und es darf doch wohl erlaubt sein, Freude darüber auszudrücken, dass Rastatt Klinikstandort bleiben kann, eine attraktive Wohnbauentwicklung auf dem „Schandfleck“ Merzeau möglich wird - Grundlagen wurden bereits im Workshop Südlicher Stadteingang entwickelt - und zudem Druck auf die schnelle Umsetzung des Baus der Querspange und dadurch eine Entlastung des Münchfelds erreicht werden können.

Am 07. Mai können die Rastatter Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des Bürgerentscheids über die Zukunft des Zentralklinikums in Rastatt abstimmen.

Eines möchte ich ausdrücklich betonen: Es gibt kein Pro-Merzeau, es gibt keinen beschlossenen Plan B. Es ist unlauter, dass die BI mit dem Scheinargument einer Alternative ins Rennen geht! Es bleibt entweder bei dem Standort in Rastatt „Am Münchfeldsee“ oder die Frage nach dem Klinikstandort wird mit dem großen Risiko wieder aufgerollt, dass Rastatt möglicherweise nicht mehr als Standort in Frage kommt.

Daher gibt es für mich nur das **NEIN** beim Bürgerentscheid, denn ich werde nicht mit der Zukunft Rastatts pokern und die Entscheidung für den Standort „Am Münchfeldsee“ in Frage stellen. Und hier noch die Bitte – überlassen Sie die Entscheidung nicht anderen – gehen Sie zum Bürgerentscheid am 07.05.2023.

Abgesehen davon wäre eine Verzögerung der Supergau für alle Ärzte und Beschäftigten, die Menschen in Mittelbaden, die noch viele weitere Jahre auf die bestmögliche Versorgung warten müssten und jede Verzögerung kostet Millionen – und über die Kreisumlage auch Geld von Ihnen, liebe Bürgerinnen und Bürger von Rastatt.

Der Bürgerentscheid hat gesetzliche Vorgaben. Eine davon ist, dass Bürgerinnen und Bürger umfassend über Sachverhalte informiert werden. Wir als CDU-Fraktion erwarten von der Verwaltung eine umfangreiche Aufbereitung der Fakten sowie Informationen über alle möglichen Medien, damit die stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger objektiv ihr Wahlrecht wahrnehmen können. Dafür werden wir als Fraktion gerne Mittel genehmigen und uns selbst in die Diskussion einbringen.

Doch nun zurück zum Haushalt: Im Vorfeld dieser Haushaltsberatungen haben wir uns auflisten lassen, wie die Planzahlen der letzten 10 Jahre waren und wie sie sich letztendlich entwickelt haben.

Und bei aller Klarheit und Wahrheit hat sich deutlich gezeigt, dass niemals die veranschlagten Gelder ausgegeben wurden und bis auf einmal die Gewerbesteuer deutlich höher ausgefallen ist, als geplant.

Wir sind froh, dass wir einen vorsichtigen Kämmerer haben – das ist sein Job – uns aber die Statistik zeigt, dass wir hoffnungsvoll und mutig unsere Aufgaben angehen können.

Wie eingangs erwähnt zeigt der Haushalt viele Pflichtaufgaben, aber auch den Gestaltungswillen, unsere Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger attraktiv und lebenswert zu machen.

Kindergärten, Schulen, Vereine, Sport, Kultur, objektive und subjektive Sicherheit sind uns etwas wert.

Für die Zukunft hoffen wir, dass noch mehr Anstrengungen unternommen werden, damit Rastatt als lebenswerter Wohnort wahrgenommen wird, für einkommensstärkere Bevölkerung attraktiv ist und unsere Jugend bleibt oder nach der Ausbildung wieder kommt. Denn davon profitieren unter dem Strich alle Bürgerinnen und Bürger.

Oberbürgermeister Hans Jürgen Pütsch und seine Verwaltung haben uns mit diesem Haushalt eine solide Grundlage für ein gutes Wirtschaften in 2023 vorgelegt.

An dieser Stelle ihm, den Beigeordneten und der gesamten Verwaltung unser Dank für die Erstellung des Haushaltsplans.

Die CDU-Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushalt in allen Punkten zu.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Brigitta Lenhard, CDU-Fraktionsvorsitzende